



INDUSTRIELLER ARBEITGEBERVERBAND

Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim e.V.

Newsletter

1/2016

Bekömmliches zur Politischen Mittagspause von Olaf Piepenbrock, Vorstandsvorsitzender IAV

Der Start in das Jahr 2016 ist der deutschen Wirtschaft trotz der anhaltenden EU-Sanktionen gegen Russland und der konjunkturellen Abkühlung auf dem wichtigen Absatzmarkt China gut gelungen. Die positive Entwicklung beruht zu einem guten Teil auf den niedrigen Rohstoffpreisen und dem schwachen Euro, maßgeblich aber auf der hohen Innovationskraft der Unternehmen in Deutschland.



Es gelingt immer wieder neue Wege zu beschreiten, Synergien zu nutzen und auf dem zusammenwachsenden Weltmarkt besonders begehrte Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren.

Dieses Zwischenfazit ist allerdings kein Selbstläufer wie Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies in der Politischen Mittagspause des IAV am 18. Januar 2016 mit Recht zum Ausdruck brachte. Denn er beobachtet ein sich allgemein breitmachendes, diffuses Wohlstandsgefühl.

Es gehe uns allen doch ganz gut! Die begleitende Frage, ob wir demnach überhaupt in die Zukunft investieren müssten, hält er für gefährlich. Denn die Auswirkungen der aktuellen weltpolitischen Geschehnisse auf die deutsche Wirtschaft hätten in der Situation einer wirtschaftlichen Flaute zu ungleich dramatischeren Auswirkungen führen können. Würde weniger investiert, verschärften sich die Probleme in nicht allzu ferner Zukunft. Zentrale Handlungsfelder sieht Lies insbesondere bei der Infrastruktur: im Straßen- und Energienetz sowie im Breitbandausbau. Hinsichtlich der aktuellen Diskussionen um die demografische Entwicklung, die Gestaltung von Arbeitsbeziehungen und -bedingungen sowie der immer stärker drängenden Flüchtlingsfrage wählte er zwar beruhigende Worte, vergaß aber auch nicht wachzurütteln: Die Angst vor der Revolution ist unbegründet. Die sachliche Diskussion ist aber nötig. Die Chancen inbegriffen! Diese müssten frühzeitig erkannt und ergriffen werden. Unternehmer bräuchten mehr Neugierde und sollten mehr ausprobieren.

Ist also alles gut oder doch schlecht? Weder noch. Die Bundesregierung erwartet für 2016 ein moderates Wachstum von 1,7 Prozent. Es geht uns gut in Deutschland, aber damit das so bleibt, müssen wir mehr investieren. Dieses unlängst der Bundeswirtschaftsminister in das gleiche Horn wie der niedersächsische Landesminister. Der Schlüssel zum erfolgreichen Bestehen aller Herausforderungen? Es braucht vor allem eine starke Wirtschaft. Ich denke, dem ist nichts hinzuzufügen. Ich wünsche uns ein stabiles und ertragreiches Wirtschaftsjahr 2016!

Aus dem Inhalt

Seite 1
Politische Mittagspause

Seite 2
Arbeitnehmerüberlassungs-
gesetz

Seite 3
Rückblick Herbstforum

Seite 4
Verbandsveranstaltungen
Weiterbildungsangebot
Arbeitsmarktdaten



Konjunktur aus Regierungssicht

Optimistisch gibt sich der Jahreswirtschaftsbericht 2016, in dem die Bundesregierung beschreibt, wie sie die Entwicklung der Konjunktur in Deutschland einschätzt. Die Faktoren, die für ein günstiges Konjunkturklima in Deutschland stehen, sind die gesunkenen Ölpreise, der hohe Beschäftigungsstand und die Kauflaune der Verbraucher. Beim Wirtschaftswachstum wird ein Plus von 1,7 % erwartet und damit nur etwas weniger als noch im Oktober geschätzt (1,8 %). Verbraucher können mit weiterhin moderaten Preissteigerungen rechnen (0,9 %). Nicht zuletzt dank steigender Löhne soll der private Verbrauch preisbereinigt um 1,9 % zulegen und bliebe damit eine wichtige Stütze der Konjunktur. Die Arbeitslosenquote wird wie schon 2015 auch im laufenden Jahr 6,4 % betragen, so der Jahreswirtschaftsbericht. Damit würde sich die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen kaum auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat am 16.11.2015 einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) vorgelegt, mit der die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion begrenzt und der Missbrauch von Werkverträgen verhindert werden soll. De facto wächst jedoch in der Wirtschaft und bei den Interessenvertretungen der Arbeitgeber die durchaus berechtigte Sorge, dass die angekündigte Gesetzesänderung zu einer Überreglementierung und im Ergebnis zu Nachteilen sowohl für Verleiher, Entleiher als auch für Zeitarbeitnehmer führt. Ein Beispiel: Als Höchstüberlassungsdauer für einen Zeitarbeitnehmer sollen 18 Monate festgeschrieben werden. Einen gut eingearbeiteten IT-Spezialisten dürfte ein Unternehmen im Wege der Zeitarbeit lediglich dann länger beschäftigen, wenn es Tarifverträge zwingend anzuwenden hat, in denen eine solche Klausel (oder eine Öffnungsklausel für eine betriebliche Regelung) enthalten ist. Die Bezugnahme auf einen solchen Tarifvertrag soll hier nicht ausreichen. Im Ergebnis wird also auf das Unternehmen ein Zwang zur Tarifbindung ausgeübt, der mit der grundgesetzlich verankerten negativen Koalitionsfreiheit nichts mehr zu tun hat. Der besagte IT-Spezialist würde in vielen Unternehmen nach 18 Monaten das hoch komplexe Projekt abrechnen und an einen Nachfolger übergeben müssen. Als Standortvorteil für Deutschland werden dies die wenigsten Investoren ansehen.



Neu soll zudem sein, dass ein Zeitarbeitnehmer grundsätzlich nach 9 Monaten hinsichtlich des Arbeitsentgeltes mit der Stammebelegschaft des Entleihers gleichzustellen ist (Equal Pay). Diese Gleichstellungspflicht soll erst nach 12 Einsatzmonaten des Zeitarbeitnehmers gelten, sofern ein anzuwendender Tarifvertrag Branchenzuschläge vorsieht. Immerhin soll hierfür eine Bezugnahme auf diesen Tarifvertrag genügen. Nicht allein die Tatsache, dass die Gewährleistung des Equal Pay spätestens ab dem 13. Einsatzmonat einen immensen bürokratischen Aufwand nach sich zieht (jeder Entleiher muss quasi eine Schattenabrechnung für den Mitarbeiter des Verleihers erstellen), muss den Unternehmen Sorge bereiten. Insbesondere wegen der nicht eindeutigen Formulierung des Sanktionskataloges muss damit gerechnet werden, dass ein Verstoß gegen das Equal Pay-Gebot zur Fiktion eines Arbeitsverhältnisses zwischen Zeitarbeitnehmer und Entleiher führt . und das, obwohl der Verstoß letztlich im Unternehmen des Verleihers geschieht. Dieses Risiko ist für entleihende Unternehmen als unkalkulierbare Gefahr schlicht inakzeptabel!

Ansatzpunkte für weitere Kritik gibt es leider zuhauf. Immerhin: Nach Auskunft der Arbeitsagentur waren im Jahr 2015 lediglich 2 % aller Erwerbstätigen in Deutschland in der Zeitarbeit beschäftigt. Sollten Zeitarbeitsunternehmen nach einem Inkrafttreten dieses Gesetzesentwurfs zum AÜG mangels Kundenaufträgen ihre Mitarbeiter freisetzen müssen, könnte die Arbeitsagentur den zu erwartenden Anstieg der Arbeitslosigkeit wohl verkraften. Richtig wäre es jetzt, den Kernforderungen der Arbeitgeber nachzukommen, die Änderungen im Hinblick auf die Verschärfungen im Gesetzesentwurf verlangen, um die notwendige Flexibilität, für die in Deutschland ansässigen Unternehmen mit Produktions- und Dienstleistungsbetrieben zu erhalten.

Kurz zitiert: *Es ist nicht die stärkste Spezies, die überlebt, auch nicht die intelligenteste, sondern diejenige, die am besten auf Veränderungen reagiert.*

(Charles Robert Darwin)

Mitgliederentwicklung bei Gewerkschaften

Laut Informationen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bröckelt die gewerkschaftliche Verankerung in der Arbeitnehmerschaft. Während im Jahr 1991 im wiedervereinigten Deutschland über 13 Mio. Menschen Mitglied einer Gewerkschaft waren, betrug die Zahl Ende 2014 nur noch etwa 8 Mio. Davon entfielen 6,1 Mio. auf die acht im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften. Eine Auswertung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften unter mehr als 1.600 Beschäftigten in Deutschland kommt zu folgendem Ergebnis: Im Jahr 2014 waren nur 17,5 % der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert . bei den männlichen Arbeitnehmern waren es 20,6 %, bei den Frauen lag der Anteil mit 14,8 % aller Arbeitnehmerinnen deutlich darunter.

Da nur allgemein nach einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gefragt wurde, ist eine Aufschlüsselung der Mitgliederzahlen für einzelne Gewerkschaften nicht möglich. Wohl möglich ist jedoch ein Blick auf die Mitgliederstruktur. Dabei zeigt sich beispielsweise, dass nur 30 % aller Gewerkschafter zwischen 18 und 40 Jahre alt sind, obwohl diese Altersgruppe 40 % aller Arbeitnehmer stellt. 70 % der Gewerkschaftsmitglieder sind dagegen älter als 40 Jahre. Mit 62,8 % machen Männer fast zwei Drittel der Mitglieder in Gewerkschaften aus, obwohl sie nur etwas mehr als die Hälfte (53,6 %) aller Arbeitnehmer stellen. 37,2 % der Gewerkschaftsmitglieder sind Frauen . ihr Anteil an der Arbeitnehmerschaft beträgt 46,4 %.

39,97 €

je Stunde: Diese Arbeitskosten machen Westdeutschland zum sechststeuersten Industriestandort der Welt. Weitaus günstiger produzierte 2014 die Industrie in den angelsächsischen Ländern. In den USA kostete die Arbeitsstunde umgerechnet 27,00 € und in Großbritannien 26,00 €. In dieser Liga spielt auch Ostdeutschland mit 25,00 € pro Stunde. Die Arbeitskosten in den südeuropäischen Krisenländern blieben mit 11,00 - 23,00 € pro Stunde zum Teil weit unter dem deutschen und angelsächsischen Niveau. Damit gehörte Westdeutschland zu den Industriestandorten mit den weltweit höchsten Arbeitskosten. Nur in einigen kleineren Ländern, Norwegen, Schweiz, Belgien, Dänemark und Schweden, mussten die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes noch höhere Lasten schultern. Wer einen genaueren Blick auf die Arbeitskostenposition Deutschlands werfen will, kann dies unter www.iwkoeln.de.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IWD Ausgabe 45 vom 05.11.2015)



Arbeitgeber-Herbstforum 2015: Bildung . Chancen . Zukunft

Für viele Unternehmen in unserer Region ist bereits spürbar, dass es enger wird auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Deshalb stellte unser Arbeitgeber-Herbstforum im November 2015 das Thema „Bildung . Chancen . Zukunft“ in den Fokus. Rund 200 Teilnehmer waren der Einladung des Industriellen Arbeitgeberverbands, der regionalen Niedersachsen-Metall-Bezirksgruppe, des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) und der VME-Stiftung gefolgt, um zu erfahren, wie es uns gelingen kann, Potenziale zu erkennen und Fachkräfte zu entwickeln.

Die Fachvorträge von Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, und Dr. Oliver Koppel, Senior Economist Kompetenzfeld Bildung, Zuwanderung und Innovation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, verdeutlichten wichtige Aspekte: So plädierte Allmendinger dafür, Bildungsarmut zu reduzieren, den Bildungsföderalismus in Deutschland zu überdenken und soziale Kompetenzen wie den Umgang mit Vielfalt früh zu vermitteln, sonst bestehe die Gefahr eines zunehmenden gesellschaftlichen Auseinanderdriftens. Koppel legte dar, dass sich im Bereich der MINT-Berufe Fachkräftemangel abzeichne, insbesondere für Fachkräfte mit dualer Berufsausbildung. Deshalb müsse es darum gehen, mehr Jugendliche an Ausbildung heranzuführen. Über die Frage, wie Bildung möglichst vieler erfolgreich gelingen kann, diskutierte Koppel in einem Podiumsgespräch mit Frank Neises, Leiter Good Practice Center des Bonner Bundesinstituts für Berufsbildung, und Prof. Dr. Felix Osterheider, Geschäftsführer Personal und Arbeitsdirektor der Georgsmarienhütte GmbH. Moderator Tobias Lohmann, Geschäftsführer des BNW, sorgte dafür, dass auch Fragen rund um Lernmotivation und Zuwanderung aufgegriffen wurden.

Ergänzend wurde im Januar ein Workshop für Unternehmen angeboten, die sich ausführlicher mit der Frage beschäftigen, wie man Mitarbeiter-Potenziale erkennen und weiterentwickeln kann. Im Osnabrücker Haus der Industrie trafen sich 20 Teilnehmer zum Thema „Potenziale auf den zweiten Blick . verborgene Talente finden und fördern“. Im Workshop zeigte Referent Bernd Niemann vom BNW Wege der Potenzialanalyse und der gezielten Weiterbildung vielversprechender Talente auf. Außerdem informierte er darüber, was die „Generation Y“, die den Nachwuchs von morgen stellt, auszeichnet und wie „Alt und Jung“ voneinander profitieren können.

Flüchtlinge und Arbeitsmarkt

Beim IAV-Personalleitertreffen am 10.02.2016 stand das Thema „Arbeitsmarkt und Flüchtlinge - rechtliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Flüchtlingen“ im Mittelpunkt. Mit Dr. Barbara Weiser vom Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V. informierte eine ausgewiesene Expertin auf diesem Gebiet zu allen wichtigen Fragen, angefangen bei der Beschäftigungserlaubnis über die Anerkennung von Qualifikationen bis hin zu Fördermöglichkeiten. Angesichts des Flüchtlingszustroms nach Niedersachsen hat die Landesregierung die Caritas mit dem Projekt „Zentrale Beratungsstelle Arbeitsmarkt und Flüchtlinge“ (ZBS AuF) beauftragt. Diese Beratungsstelle unterstützt Unternehmen, wenn diese Flüchtlinge als Arbeitnehmer, Auszubildende oder Praktikanten einstellen möchten. Hierzu ist eine kostenfreie Hotline eingerichtet: ☎ 0160-3640364, nähere Infos auch unter www.zbs-auf.info.

Vorankündigung von Verbandsveranstaltungen

19.04.2016: Jahreshauptversammlungen

des Industriellen Arbeitgeberverbands Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim und der Bezirksgruppe Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim von NiedersachsenMetall mit anschließendem Vortrag von Dr. August Hanning, ehemaliger Präsident des Bundesnachrichtendienstes und bis 2009 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

03.05.2016: Arbeitsrecht um 6

Urtümer im Arbeitsrecht

Nähere Informationen erteilt Birgit Unland (☎ 0541-77068-28 oder ✉ unland@iav-online.de).

11.04.2016: Abend der Industrie im Landkreis Osnabrück

Erneut organisieren IAV und IHK Osnabrück . Emsland . Grafschaft Bentheim einen Abend der Industrie, dieses Mal im Landkreis Osnabrück. Diese Spätschicht bietet Gelegenheit zum Blick hinter die Kulissen von Industrieunternehmen. Der Abend ist Teil der gemeinsamen Kampagne Industrie ist Zukunft von IAV und IHK. Nähere Informationen unter www.industrie-ist-zukunft.de.

Weiterbildung für Fach- und Führungskräfte

Das IAV-Bildungswerk als Außenstelle des Bildungswerks der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH (BNW), setzt sein Seminarangebot auch im Jahr 2016 fort. Zu den Themen Führung, Arbeitsrecht, Personalmanagement, Office-Management und Ausbildung stehen in den nächsten Wochen beispielsweise folgende Seminare auf dem Programm:

25.02.2016	Zeitarbeit . Flexibilisierungsmöglichkeiten für Unternehmen
01./02.03.2016	Praxis-Seminar für Nachwuchsführungskräfte: Übernahme von Führungsverantwortung
03.03.2016	Mutterschutz, Elternzeit, Elterngeld und Teilzeit
07.03.2016	Gehirnjogging
15.03.2016	Abmahnung und Kündigung wegen Schlechtleistung und Fehlverhalten
05.04.2016	Mindestlohn . Fragen der Praxis
12.04.2016	Neu im Personalbereich . Kompaktkurs für Neueinsteiger
13.04.2016	Rechte, Pflichten und Haftungsrisiken für Führungskräfte mit Prokura
21.04.2016	Kommunikation im betrieblichen Alltag

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! Nähere Auskünfte zu den einzelnen Seminaren bzw. das Seminarprogramm erhalten Sie bei Renate Böschmeyer (☎ 0541-77068-12 oder ✉ boeschmeyer@iav-online.de).

Arbeitsmarkt regional

Arbeitslosenquote	Januar 2016	Vormonat
• Niedersachsen	6,4 %	6,7 %
• Agenturbezirk Nordhorn		
allgemein	3,7 %	3,3 %
15-25 Jahre	2,8 %	2,6 %
• Agenturbezirk Osnabrück		
allgemein	5,2 %	4,9 %
15-25 Jahre	3,9 %	3,5 %

Im Januar 2016 waren im Agenturbezirk Nordhorn 8.994 Personen, im Agenturbezirk Osnabrück 14.976 Personen arbeitslos gemeldet.

Neu-Mitglieder in der Verbändegemeinschaft

- Röchling Engineering Plastics SE & Co. KG, Haren: Kunststoffverarbeitung

Potenzial für den Arbeitsmarkt

Insgesamt rund 6 Mio. Menschen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren wünschten sich in Deutschland im Jahr 2014 eine Arbeit oder mehr Arbeitsstunden. Davon waren 2,9 Mio. Personen sogenannte Unterbeschäftigte in Teilzeit oder Vollzeit, die mehr arbeiten möchten. Zum ungenutzten Arbeitskräftepotenzial gehörten außerdem 2,1 Mio. Erwerbslose und rund 1,0 Mio. Menschen, die zur sogenannten stillen Reserve zählten. Die Daten werden jährlich erhoben, eine Aktualisierung steht voraussichtlich im Sommer 2016 zur Verfügung.

Quelle: Statistisches Bundesamt